

**Wir brauchen kein:
Weiter so.**

Wir brauchen ein:

Ja!

**Zeitung FÜR ein
emanzipatorisches Grundeinkommen
bei der Partei DIE LINKE**

**Herausgegeben von:
LAG GRUNDEINKOMMEN BRANDENBURG**

Der Mitgliederentscheid

Endlich ist es soweit. Die BAG Grundeinkommen hat 3000 Unterschriften von Parteimitgliedern gesammelt und nach der letzten Bundestagswahl ein Jahr der Information und Bewerbung des Themas gewidmet. Nun wird im Rahmen des ersten basisdemokratischen Mitgliederentscheids in unserer Parteigeschichte darüber abgestimmt, wie wir uns die soziale Zukunft des Landes vorstellen. Mit dieser Mitgliederzeitung wollen die Aktiven der LAG Grundeinkommen Brandenburg dazu anregen, sich vertieft mit dem Thema Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) zu beschäftigen. Die BAG Grundeinkommen hat ein Konzept vorgelegt, das einen klaren Umverteilungsanspruch hat, Sonderbedarfe weiterhin vorsieht und die Verhandlungsmacht zu den Arbeitenden schiebt, da mit diesem Modell jede Erwerbsarbeit, die geistig oder körperlich kaputtmacht, abgelehnt werden kann. 1180 € monatlich für jeden, vollständig refinanziert in einer Weise, die jeden mit einem Bruttoeinkommen über 6500 € stärker in die Pflicht nimmt, als es aktuell der Fall ist. Dieses nennen wir Emanzipatorisches Grundeinkommen!

Am **06.09.** werden die Unterlagen zur Abstimmung versendet und **vom 13.09. bis zum 26.09.** kann per Briefwahl abgestimmt werden. Wir wollen, dass ihr aufgeklärt in diesen Entscheid geht und gerne auch gemeinsam mit euch weiter in den Austausch tretet.

**Bedingungslos solidarische Grüße
Das Redaktionsteam**

Paul Grimm, Sven Kindervater und Richard Rath



Interview mit Michael Bohmeyer von Mein-Grundeinkommen e.V.



Der Verein Mein-Grundeinkommen finanziert bereits seit einigen Jahren Menschen in ganz Deutschland für je ein Jahr ein bedingungsloses Grundeinkommen in Höhe von 1000 €, um die Öffentlichkeit über das Thema zu informieren und Daten zum Verhalten der Menschen zu sammeln.

Wir haben mit dem Gründer des Vereins, Michael Bohmeyer, ein Interview geführt, um herauszufinden, was er der ‚Der Linken‘ mit auf den Weg geben würde.

1.) Was motiviert dich, dich für das Grundeinkommen zu engagieren?

Ich habe Angst, dass der Kapitalismus den Planeten unbewohnbar macht, die soziale Ungleichheit noch mehr verschärft und damit den Nährboden für neue faschistische Machthaber bereitet. Gleichzeitig stehen Systemalternativen derzeit nicht hoch im Kurs. Wir brauchen also eine populäre Idee, die zeitnah umsetzbar ist und auf geschickte Weise den Kernmechanismus des Kapitalismus aushebelt, die Ausbeutung.

Genau diese Idee ist das Grundeinkommen. Wenn alle Menschen ein Leben lang genug Geld zum Leben haben, dann kann niemand mehr ausgebeutet werden. Dann ist der Kapitalismus gezwungen, sich rasant zu transformieren.

Das Grundeinkommen gibt allen Menschen die Freiheit ‚Nein‘ zu sagen zu unsozialer, sinnloser und planetenzerstörender Arbeit.

Das Grundeinkommen entzieht dem Kapitalismus sein wichtigstes Kapital: Den ängstlichen und deshalb erpressbaren und verführbaren Menschen. Das Grundeinkommen ist eine revolutionäre Reform, eine greifbare Utopie. Deshalb stecke ich all meine Kraft in sie.

2.) Welche Chancen siehst du für das Grundeinkommen als gesamtgesellschaftlichem Projekt, wenn DIE LINKE sich offensiv dafür aussprechen würde?

Ich denke das Grundeinkommen wird kommen. Es gibt weltweit immer mehr staatliche Pilotprojekte zum Grundeinkommen. Früher oder später werden die ersten Staaten ein Grundeinkommen einführen. Einige werden dabei Verwaltungskosten sparen, andere Kaufkraft erzeugen wollen. Deshalb ist es wichtig, dass DIE LINKE schon heute ein eigenes Grundeinkommensmodell fordert, um der kommenden Debatte schon jetzt den richtigen Weg zu ebnen.

Ein Grundeinkommen muss unbedingt bedingungslos sein, es muss für alle Menschen sein und ausreichend hoch, damit man schlechte Jobs wirklich ablehnen kann. Solche mutigen Forderungen kann derzeit nur die Linke stellen. Deshalb sollte sie es tun.

3.) Wann ist aus deiner Sicht der richtige Zeitpunkt, um das Grundeinkommen stärker in die parlamentarischen Debatten einzu-bringen?

Dafür ist es nie zu früh. Zumal wir einfach keine Zeit mehr für kleinteilige Pseudolösungen haben. Die Schere zwischen arm und reich klafft immer krasser auseinander. Immer mehr Menschen sind abgehängt. Jeder fünfte ist von Armut bedroht. Wir haben zwar einen komplexen Sozialstaat aber der erfüllt seine Aufgabe nicht. Vierzig Prozent aller Anspruchsberechtigten erhalten kein Hartz 4, weil die Beantragung so schambesetzt ist, dass sie lieber in verdeckter Armut leben als zum Amt zu gehen.

Bei der Grundsicherung im Alter sind es 60% derjenigen, die eigentlich einen Anspruch auf Geld hätten.

Diese Massenarmut wird unser Land im Kampf gegen den Klimawandel lähmen und über kurz oder lang zu krassen Auseinandersetzungen führen. Wir sitzen auf einem Pulverfass, aber es gibt einfach keine politischen Mehrheiten dafür, die Armut zu bekämpfen, weil jeder für sich kämpft und die Armen so sehr mit ihrer Armut beschäftigt sind, dass sie kaum noch wählen gehen. Der einzige Ausweg scheint mir zu sein, dass wir nicht mehr die Bedürftigkeit abfragen, sondern einfach *allen* Menschen im Land genug Geld zum würdevollen Leben geben – finanziert durch höhere Steuern, die vor allem die Reichen zahlen.

Das Grundeinkommen kann das Armutsproblem lösen, weil auch Menschen aus der Mittel- und Oberschicht dafür sind, die sich sonst eher wenig gegen Armut engagieren.

4.) Welche Anhaltspunkte bieten die Erfahrungen eurer Verlosung von Grundeinkommen? Was machen die Gewinner*innen mit ihrem Jahr Grundeinkommen i.H.v. 1.000 € / Monat?

Sie schlafen besser und leben gesünder, weil stressbedingte Krankheiten zurückgehen. Sie bilden sich fort, machen sich selbstständig und verlassen Jobs mit schlechten Arbeitsbedingungen. Die allermeisten bleiben aber in ihrem Job, einige verhandeln besseren Lohn, reduzieren teilweise ihre Stunden und erleben sich zufriedener und produktiver. Insgesamt verschwindet die Angst aus dem Leben und deshalb beschreiben sich die Leute als irgendwie lebendiger. Sie kreisen nicht mehr so viel um sich selbst, sondern engagieren sich mehr, werden politischer und verschenken überraschend häufig einen großen Teil des Geldes.

5.) Kannst du dir vorstellen, dass DIE LINKE davon profitieren würde, sich für das Grundeinkommen auszusprechen?

Ich glaube das Grundeinkommen ist die größte Chance der Linken. Gerade jetzt in der Krise der Partei braucht es mutige Entscheidungen. Die Menschen im Land haben eine riesige Sehnsucht nach neuen Ideen, die ein besseres Leben, Freiheit und Sicherheit versprechen. Das Grundeinkommen ist die einzige mehrheitsfähige Idee, die das verspricht. Sie ist unvorbelastet und frisch. Sie ist nicht abstrakt, sondern lässt die Menschen von einer positiven persönlichen Zukunft träumen.

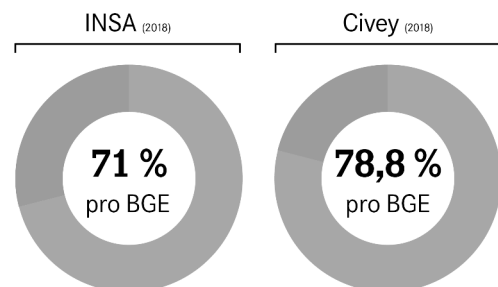
Ich weiß, dass die Idee des Grundeinkommens provoziert und emotionalisiert. Das ging mir anfangs genauso. Man denkt sofort: Dann geht keiner mehr arbeiten, dann steigen die Preise, dann ist es ungerecht, weil auch der Millionär Grundeinkommen bekommt. Gegen diese starken Intuitionen, die von Unkenntnis über das Konzept zeugen, kann ich hier nicht argumentieren.

Ich kann Sie nur einladen, sich selbst zu überzeugen, dass das Grundeinkommen machbar und gerecht ist. Lesen sie ein paar Texte zum Thema. Die Erfahrung zeigt: Wer sich ausführlich mit der Idee beschäftigt, wird sie bald mögen und neue Hoffnung für die Welt aus ihr schöpfen.

Interview: Richard Rath

Mehrheit der Anhänger*innen von DIE LINKE ist für BGE

So viel Prozent der Anhänger*innen von DIE LINKE sind für das Grundeinkommen



Quellen: BZ Nachrichten.de: INSA-Sonntagsfrage: Was wäre, wenn am Sonntag der Bundestag gewählt worden wäre? (INSA 2018, 1.319 Befragte) | netzwerk-grundeinkommen.de: Wie stehen Wähler*innen bestimmter Parteien zum Grundeinkommen? (Civey 2018)

www.mit-links-zum-grundeinkommen.de

Sanktionsfreie Mindestsicherung oder BGE?

Das Bedingungslose Grundeinkommen unserer Façon, auch bekannt als das emanzipatorische Grundeinkommen, verfolgt nicht das Ziel unser Linkes Parteiprogramm obsolet werden zu lassen. Vielmehr ist es so gestaltet, dass es sich wie ein Puzzlestück in das Gesamtgefüge unserer bisherigen Parteiforderungen einfügt und diese um eine langfristige Perspektive, für die wir kämpfen wollen, ergänzt. Das BGE soll als langfristige Forderung lediglich die von der Partei gestellt Forderung nach einer sanktionsfreien Mindestsicherung von 1200 € ersetzen bzw. diese zum Zwischenziel machen. Die Überlegenheit des BGE gegenüber der sanktionsfreien Mindestsicherung ergibt sich im Wesentlichen aus den folgenden drei Punkten.

Kein Aufstockungserfordernis

Im Gegensatz zur sanktionsfreien Mindestsicherung macht das BGE Schluss mit dem Aufstockersystem. Das heißt, es ist egal, ob jemand 200€ oder 600 € verdient, er bekommt sie, nach Steuern, ausgezahlt. Das heißt, es wird attraktiver einen Minijob anzunehmen oder als Selbstständiger zunächst ein paar kleine Aufträge durchzuführen. Das BGE schafft also Wege aus der Erwerbslosigkeit und ist im Gegensatz zur sanktionsfreien Mindestsicherung keine „Stilllegungsprämie“. Auch wenn ein bisher erwerbsloser Mensch Vollzeit arbeiten will, ist der Abstand, den er zur vorherigen Situation schaffen kann, ein wesentlich höherer. Wenn ich eine sanktionsfreie Mindestsicherung (1200 €) bekomme und nun 40 Stunden arbeite und bei 1800 € lande, bin ich lediglich 600€ über dem Ausgangswert. Die Wirtschaftssoziologen nennen dies Armutsfalle, da hierdurch weniger Anreiz vorhanden ist, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen, die einen Weg in die Mittelschicht bereitet – Ungleichheit wird so befördert. Dies gilt auch für die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, da durch dieses Prinzip auch eine Abwertung von Teilzeit stattfindet, was die sanktionsfreie Mindestsicherung zu einer Herdprämie eigener Art macht.

Spaltung den Wind aus den Segeln nehmen

Der Hauptunterschied zwischen einer sanktionsfreien Mindestsicherung und einem Grundeinkommen ist der Folgende: Eine sanktionsfreie Mindestsicherung entlastet lediglich ein paar Prozent der Bevölkerung, die nicht arbeiten können oder wollen. Ein Grundeinkommen entlastet jeden, der unter 6500€ brutto ver-

dient, also den Großteil der deutschen Bevölkerung. Spaltung lässt sich so im Keim ersticken. Das Grundeinkommen beantwortet die Frage nach der Verteilung von Reichtum in unserer Gesellschaft und stellt den schnellsten Weg zur Umverteilung dar; höhere Tarif- oder Mindestlöhne sind zwar wichtig und jedes Mitglied der BAG GE fordert diese auch weiterhin, aber sie kommen nur einzelnen, isolierten Gruppen zugute, während ein BGE eine deutschlandweite Umverteilungskampagne bedeuten würde. Somit ist das Grundeinkommen also der Inbegriff einer *verbindenden Klassenpolitik!*

Verdeckte Armut und Behördenwillkür bekämpfen

Selbst wenn wir eine Linke Sanktionsfreie Mindestsicherung hätten, bedeutet das nicht, dass jeder, der könnte, auch einen Antrag stellen würde, um diese zu erhalten. Die Gründe hierfür sind mannigfaltig: Mangelnde Les- oder Schreibfähigkeit, eine „Schockstarre“, wie sie jeden in schweren Krisen erwischen kann oder die – gerade bei älteren Menschen verbreitete – Scham „dem Staat auf der Tasche zu liegen“.¹ Diese Faktoren schaffen verdeckte Armut und können einzig mit einem bedingungslosen Grundeinkommen sicher bekämpft werden. Von neoliberaler Seite werden Bedürftigkeitsprüfungsverfahren meist nur deswegen kritisiert, weil sie sehr kostspielig sind. Wir denken auch, dass die Ressourcen, die derzeit in den Prüfungsapparat fließen, bei zum Beispiel der Steuerfahndung besser aufgehoben wären. Der Hauptgrund, wegen dem wir die Prüfungsverfahren kritisch sehen, ist jedoch ein anderer. Behörden sind qua Gesetz zum ökonomischen Arbeiten verpflichtet, was bedeutet, dass es stets attraktiver ist, eine Leistung (Kindergeld, sanktionsfreie Mindestsicherung) im Zweifel lieber nicht zu erbringen bzw. jedenfalls ein Widerspruchsverfahren abzuwarten. Mit diesem System muss Schluss sein! Außerdem sind der immense Stress und der bürokratische Aufwand, den dieses System für insbesondere kleine Selbstständige oder Künstler*-innen bedeutet, die im einen Monat über den 1200 € liegen und im Nächsten quasi Aufstocken müssten, kaum zu überschätzen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ein Grundeinkommen sämtliche Barrieren abbauen würde, die auch nach Beschluss einer sanktionsfreien Mindestsicherung dafür sorgen könnten, dass Menschen von ihrem Recht auf eine menschenwürdige und Teilhabe scherende Existenz ausgeschlossen wären.

Paul Grimm

1 Siehe auch die genannten Zahlen im Interview mit Michael Bohmeyer in dieser Zeitung



BGE und Bildung – den Kopf dafür haben

Schon vor der kompletten Überforderung und Überlastung durch die Pandemielage war es kein Geheimnis, dass unser Bildungssystem sich in einer Dauerkrise befindet. Sie steht, seit tatsächlich mehr als einem Jahrhundert, wie ein Elefant im politischen Raum und wird gerne übersehen, während man mal wieder versucht, über den Rücken zu klettern oder unter dem Bauch hindurch zu schlüpfen. Die Chancen auf eine weiterführende Ausbildung, die einen Weg in fast alle der höheren Gehaltsklassen oder auch erstrebten Berufungen ermöglicht, hängen also in den allermeisten Fällen nicht nur davon ab, ob diese Lernangebote konkretes Geld kosten, sondern auch davon, wieviel "Geld" in Form von Zeit für Ausbildung und Weiterbildung zur Verfügung steht, wenn parallel von etwas gelebt werden möchte. Unsere, traditionell auf soziale Selektion ausgelegten, bildungspolitischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ermöglichen es einem großen Teil der Bevölkerung schlicht nicht, sich aus einem Umfeld der abfällig so genannten "Bildungsferne" heraus, nach eigenem Wunsch neue Welten und Denkweisen zu erschließen. Der grundlegende Unterschied zwischen den, so wieder und wieder reproduzierten, Schichten ist selbstverständlich keinesfalls in biologischen Vorgaben zu suchen, sondern bildet sich in erster Linie in einem prozesshaft wandelbaren emotionalen Verhältnis gegenüber dem Thema Bildung in all seinen Formen ab. Die positiven und negativen Erfahrungen mit dem Lernen, innerhalb des Zeitraums, den unsere Schulpflicht umfasst, entscheiden in hohem Maße über die Weiterführung eigenständiger Studien, über das Lernen als aktive und freiwillige Handlung. Und dieser Zeitraum ist sehr knapp bemessen. Nicht ohne Grund ist es so, dass der zweite Bildungsweg millionenfach gegangen wird, dass Lehrende auf allen Gebieten stetig auf neuem Stand bleiben müssen, denn schon lange ist sich die pädagogische Wissenschaft darüber im Klaren, dass das Lernen des Individuums keineswegs als ein zeitlich abgrenzbares Phänomen der Kindheit und Jugend verstanden werden kann. Der Prozess beginnt mit der Entstehung des Gehirns und endet mit dem Verlöschen der elektrischen Impulse. Inwiefern wir jedoch früher oder später dazu in der Lage sind, diesen Prozess zu steuern, zu reflektieren und unseren individuellen Erfolg zu bewerten, bestimmt ganz selbstverständlich und doch nicht zufällig unsere soziale Ausgangslage.

Was hat dies nun alles mit einem emazipatorischen BGE zu tun?

Ein Recht auf eine materielle Grundversorgung verschafft Menschen die grundlegende Verfügungsgewalt über ihre Zeit und damit auch über ihren Kopf. Wer gerechtere Bildungsförderung generell befürwortet, wer Menschen in ihrem Leben langfristig dazu befähigen möchte, sich eigenständig fortzubilden und sich so zum Beispiel kompetent und effizient in Arbeitsprozesse, oder auch mit aktuellem und historischem Wissen in eine Demokratie einzubringen, der*die muss es auch dem erwachsenden Individuum zunehmend selbst überlassen, zu welchem Zeitpunkt welche Form von Ausbildung einen Sinn innerhalb einer pluralistischen und digitalisierten Gesellschaft ergibt. Nur eine Angleichung sehr unterschiedlicher finanzieller Ausgangslagen und eine Flexibilisierung öffentlicher Angebote können hier gewährleisten, dass soziale Schranken nachhaltig überwunden werden können. Ein eBGE ist in Hinsicht auf die Verwirklichung lebenslangen Lernens jeder zu beantragenden Unterstützung gegenüber deutlich überlegen und das im Wesentlichen aus vier Gründen:

- Es nimmt den Druck der Rechtfertigung von Ausbildungszielen gegenüber einer Bürokratie.
- Es ermöglicht maximale zeitliche Flexibilität bei der Wahrnehmung von Bildungsangeboten.
- Es normalisiert individuelle Bildungslebensläufe, die ohnehin die Norm sind.
- Es ebnet den Unterschied zwischen profitorientierter und am Gemeinwohl orientierter Ausbildung.

Dass so mancher Kompetenzerwerb weiterhin zusätzliches Geld kosten kann, verhindert ein BGE natürlich noch nicht, aber es trägt als Fundament dazu bei, die politisch und didaktisch vielerorts angestrebte gerechte Teilhabe Aller an einem demokratisch ausgerichteten Bildungssystem überhaupt in den Bereich des Denkbaren zu rücken.

Eine mittelfristige Erstarkung der demokratischen Organisation von Menschen gegenüber wirtschaftlichen Interessen hängt aber eben maßgeblich davon ab, ob die Leute überhaupt „den Kopf für sowas“ haben.

Ein emanzipatorisches BGE verschafft ausnahmslos allen Menschen die Möglichkeit, ein Leben lang sowohl Bildungsangebote wahrzunehmen, als auch autodidaktisch und pädagogisch tätig zu werden. Der alte Traum einer Chancengleichheit in der Bildung ist ohne eine so grundsätzliche Absicherung kaum denkbar und wird erst durch eine solche wirklich greifbar. Es sollte immer im Blick behalten werden, dass das BGE nicht nur Grundrente und Kindergrundsicherung, sondern auch eine bedingungslose Gründungsunterstützung, eine bedingungslose Streikkasse und eben auch ein bedingungsloses Bafög ist.

Annika Schmidt

BGE und Digitalisierung – Der Markt verändert sich

Die Digitalisierung unserer Gesellschaft steht in einer langen Kette von technischen Innovationen, die gesellschaftliche Paradigmenwechsel mit sich brachten. Buchdruck, maschinisierte Produktion und Landwirtschaft, Telefonie, Videotechnik... Jedes Mal waren entscheidende soziale Veränderungen die unmittelbare Folge, mussten die Strukturen der Welt neu überdacht werden.

Die Arbeitsplätze im Produktionssektor, die nicht auch von Maschinen übernommen werden könnten, werden demzufolge weniger und der neue Markt der Daten bzw. Informationen nimmt inzwischen einen weit größeren Raum ein, als man es sich vor einem Jahrhundert hätte vorstellen können. Virtuelle Waren und Dienstleistungen, Plattformen auf denen reale Arbeitsleistungen angeboten werden sind omnipräsent und auch digitale Welten und Informationsquellen spielen in jedem Alltag eine Rolle, ja sogar deutlich in die Politik hinein. Hinzu kommt eine Beschleunigung der Globalisierung, da Entfernungen für den Austausch von Informationen zunehmend weniger maßgeblich sind. Dies führt neben vielen angenehmen Seiteneffekten leider auch dazu, dass das urlinke Modell der nationalen Gewerkschaft nicht mehr in der Lage ist, jegliche Form prekärer Beschäftigung mit Tarifverhandlungen abzusichern und gegen Verelendung zu schützen.

Die neue Unterschicht setzt sich völlig anders zusammen. Was geschieht mit der Teilzeit-Bastlerin auf der Verkaufsplattform, mit den freischaffenden Journalisten eines Webmagazins, dass nicht mehr im Trend liegt, mit dem ungelerten Handwerker, der nicht über die Schwelle des Kleinunternehmertums hinaus schreitet und eben auch mit der Arbeitskraft als solcher, für die durch den technischen Fortschritt im Produktionssektor stetig weniger Bedarf besteht? Kann es die Lösung sein, sich gegenseitig im Callcenter Lottotippgemeinschaften anzudrehen? Oder nur um Arbeitsplätze zu erhalten auf technischen Fortschritt zu verzichten und beispielsweise klimaschädliche Technologien zu subventionieren?

Das was auf uns zukommt, bzw. bereits eingetroffen ist, bedarf einer grundsätzlichen Umstrukturierung, einer Anpassung an weniger Arbeit und wachsende Effizienz. Ein emanzipatorisches BGE, wie es nicht ohne Grund bereits von der digitalisierten Piratenpartei vorgeschlagen wurde, kann diesen Prozess so weich abfedern, wie es dem Schutzauftrag einer Demokratie gegenüber ihrer Bevölkerung entspricht. Es nimmt Menschen nicht nur ein Stück weit die Angst vor Zukunft und Fortschritt, es befähigt sie, in einer pluralisierenden und digitalisierenden Welt, in eine aktive Rolle zu treten und den Wandel hin zu freien Informationen und globalem Denken mitzugestalten. Wie viele Entwickler*innen neuer Ideen sind in der Vergangenheit an äußeren, insbesondere finanziellen Rahmenbedingungen gescheitert? Wie will eine Demokratie sicherstellen, dass nicht wieder nur das Kapital an dem Ideenreichtum des Netzes profitiert? Wie tief soll der Preis eines Menschen im globalen Wettbewerb noch gedrückt werden können? Ein BGE beendet hier das Dumping, erlaubt es Menschen, wieder Mindestanforderungen an ihre Investition von Lebenszeit zu stellen und schafft damit den Raum für vielfältige positive Entwicklung und eine grundlegende Demokratisierung der Wirtschaft.

Annika Schmidt



Finanzierung eines BGE

Zur Finanzierung eines Bedingungslosen Grundeinkommens sind verschiedene Wege denkbar – hier lässt sich Keynes paraphrasieren; alles was eine Gesellschaft produzieren kann, lässt sich auch finanzieren. Dennoch ist die Frage nach der Finanzierung des BGE keine Triviale, vielmehr geht es hierbei darum, welche gesellschaftlichen Gruppen durch die Refinanzierung in die Pflicht genommen werden und welche begünstigt werden.

Modell der BAG Grundeinkommen – Höhe 1180 € ab 16, vorher 590 € Kindergrundeinkommen. Finanziert sich durch eine 35% BGE Abgabe, die pauschal auf alle Primäreinkommen (Löhne, Mieteinnahmen, Gewinnausschüttungen) erhoben wird, eine 0,02% Finanztransaktionssteuer, eine Primärenergie, und eine Sachkapitalabgabe. Durch eine gleichzeitige Umgestaltung der progressiven Einkommenssteuer werden insgesamt alle Einkommen unter 6500€ entlastet. Wegfallende Sozialleistungen sind: Bafög, Kindergeld, Grundsicherung im Alter, Ehegattensplitting, Harz IV. Ein bedarfsorientiertes, modifiziertes Wohngeld sowie Sonderbedarfe für bspw. Schwangere, chronisch Kranke und Menschen mit Behinderungen bleiben erhalten.²

Neoliberale Modelle zeichnen sich dadurch aus, dass sie selten konkret in der Finanzierung sind. Götz Werner plant sein Grundeinkommen dessen Betrag zwischen 650 € und 1000 € variierte über eine massive Erhöhung der Einkommenssteuer zu finanzieren. Sein Argument: „Das ist fair, denn Reiche haben höhere Ausgaben für Luxus“, dies im Ergebnis falsch, denn Reiche geben einen geringeren Prozentsatz ihres Gehaltes für Konsumgüter aus. Der sog. Philosoph Richard David Precht schlug in der Vergangenheit auch bspw. eine Robotersteuer für eine Finanzierung des BGE vor. Tatsächlich wird es jedoch weder von der marxistischen noch mit der konservativen Volkswirtschaft als sinnvoll angesehen, jene zu bestrafen die Möglichkeiten produktiverer Arbeit schaffen – was eine stärkere Digitalisierung faktisch ist.

Paul Grimm

Das Grundeinkommen als Chance für das 21. Jahrhundert

Tief verwurzelt in der linken DNA ist die Vorstellung, in Ketten liegende Massen über Arbeitskämpfe zu mobilisieren, zu politisieren und sie dann gegen die herrschende Klasse ins Feld zu führen, zur Überwindung der Herrschaftsverhältnisse, hin zum Sozialismus. Das ist, gelinde ausgedrückt, eine ziemlich perfide Strategie.

Übersetzt heißt dies nämlich: Es muss Menschen erst richtig dreckig gehen, damit sie sich für etwas einsetzen. Es bedingt die Verelendung der Massen. Doch was passiert denn real bei Verelendung: Der Faschismus wächst, Verschwörungstheorien kursieren und die Linke schmiert ab. Umgekehrt engagieren sich bei linken Themen wie Zuwanderung, Umwelt oder Geschlechtergerechtigkeit vor allem Wohlhabende. Man könnte meinen: Erst kommt das Essen, dann die Moral.

Statt auf Verelendung setzt das Grundeinkommen auf eine sichere und faire Ausgangssituation für alle. Das befreit unter Anderem von Existenzangst, die Grundlage für Fremdenfeindlichkeit und Ich-Denken ist, aber auch von Zwängen des Verkaufs der Ware Arbeitskraft ans Kapital oder auch von einem auf dessen Akkumulation ausgerichteten wirtschaften.

Ja, manche trauen sich dadurch eventuell eher, sich selbstständig zu machen – kaum ein westliches Land hat so viele Angestellte wie Deutschland. Aber eben nicht nur. Es ermöglicht Teilzeit, das feministische 4-in-1-Konzept (Erwerbsbereich, Reproduktionsbereich, Kultur, Politik) und natürlich Umorientierung bis hin zu Arbeitskämpfen.

Dafür müssen aber Glaubenssätze über Bord geworfen werden.

Sven Kindervater

2 Genauer nachzulesen unter: https://www.die-linke-grundeinkommen.de/fileadmin/lcmsbaggrundeinkommen/user/upload/BGE_druck.pdf

Die 4 Merkmale, an der sich Kritik am BGE messen lassen muss

Bei kaum einer Debatte wird so oft am Thema vorbeigeredet wie beim BGE. Hier eine Hilfestellung, wonach bei Kritik Ausschau zu halten ist:

Wird zum Thema geredet?

Mit dem BGE kommt nicht der Sozialismus, nicht der Weltfrieden und es ersetzt keine linken Forderungen nach guter Bildung, guter Arbeit und guter Rente. Das stimmt: Es ist ein sozialpolitisches Instrument, das diese Prozesse erleichtern kann. Darum gehts.

Um welches BGE geht es?

Es gibt diverse BGE-Modelle, darunter viele neoliberale – wie bspw. auch bei der Rente oder dem Mindestlohn. Das linke Konzept zeichnet aus, dass es darauf zielt, die Sozialversicherungen weiter auszubauen und Sonderbedarfe wie z.B. Wohngeld beinhaltet. Die Kritik an Modellen ohne Sozialleistungen teilen wir.

Gelten für das BGE andere Regeln?

Reiche würden bei einem BGE nicht mitmachen und Steuern hinterziehen, die Forderungen könnten zudem den Sozialstaat schwächen. Nun, es hieß auch: Der Mindestlohn schade den Tariflöhnen, zudem würden Millionen arbeitslos. Es gilt: Nahezu alle linken Forderungen, wie bspw. auch die Vermögenssteuer, werden vom neoliberalen Mainstream abgelehnt – falsch sind sie deshalb nicht.

Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich

Ein BGE sei „die Mutter aller Gießkannen“ – wie beim Tankrabatt bekämen es auch Reiche. Fakt ist: Für den Tankrabatt gibt es keine zusätzlichen Steuerabgaben. Beim BGE hingegen zahlen Reiche auch entsprechend deutlich mehr ein. Es geht also nicht um die Gießkanne, sondern woher das Wasser kommt!

Sven Kindervater

Führt ein BGE zu Lohndumping?

Oft hört man, ein bedingungsloses Grundeinkommen würde so oder so die Löhne nach unten drücken, weil die Lebenshaltungskosten der Arbeiter*innen (Essen für die Familie, Geld für die Wohnung) für den Kapitalisten geringer ausfallen würden. Dieser Vulgärmarxismus ist jedoch alles andere als zeitgemäß. Bereits Marx erkannte, dass Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt hier durchaus Abweichungen ermöglichen.³ In modernen Dienstleistungsgesellschaften, in denen der Angestellte nicht mehr nur seine Arbeitskraft, sondern auch akademische Bildung oder spezielle Kompetenzen (Programmieren, Grafik-Design) mitbringt, trifft dies umso mehr zu.

Auch wenn man es außer acht lässt, dass unser Modell an einen Mindestlohn gekoppelt ist, lässt sich dieses Argument jedoch recht einfach überführen, denn es ist schlichtweg nicht bekannt, dass die Löhne in Ländern, die hohe Sozialausgaben für zum Beispiel Kindergeld, Bafög oder ein kostenloses Bildungssystem aufweisen, signifikant niedriger liegen. Tatsächlich gehen, bezogen auf ein BGE, sogar die meisten Ökonomen von einem Steigen der Löhne aufgrund einer Reduktion der angebotenen Arbeitskraft aus.⁴ Dies erscheint auch deutlich logischer, denn gerade in den Bereichen, in denen wenig Möglichkeit zur Selbstverwirklichung oder ein hohes Maß an körperlichem Verschleiß gegeben ist, muss sich der Kapitalist nun stärkere Anreize überlegen; dies können bessere Arbeitsbedingungen oder eben massiv steigende Löhne sein. Um es zusammenzufassen: In einer Gehaltsverhandlung ist klar, dass ich die besseren Karten habe, wenn der Chef mir sagt: „Na, aber dein Geld reicht doch schon für ein gutes Leben!“, solange ich mit „Dann geh ich halt!“ kontern kann.⁵

3 Siehe bspw. *K. Marx: Lohnarbeit und Kapital*

4 Im Überblick: *T. Petersen, Makroökonomische Effekte eines bedingungslosen Grundeinkommens, Wirtschaftsdienst 2017/9, S. 2ff.*

5 Einzuschränken ist dies lediglich bei Jobs, die ein besonders hohes Maß an Selbstverwirklichung bieten. Hier ist zweierlei zu beachten: Die BAG GE sieht weiterhin die Forderung nach einem Mindestlohn von 13€ als obligatorisch an, um Selbstausbeutung in diesen Bereichen nach Möglichkeit zu reduzieren. Auch einer Abdrängung ins Ehrenamt im Sozialbereich muss entgegengetreten werden, was bspw. durch mehr finanzielle Mittel für Kommunen gelingen könnte.

Bereits jetzt ist eine Mehrheit der Anhänger*innen der Partei die Linke für ein Bedingungsloses Grundeinkommen. Innerhalb des linken Spektrums hat die Idee konstant einen Zustimmungswert, der stabil über 50 % liegt. Insbesondere während der Coronapandemie ist das Interesse am Thema BGE rasant gewachsen, was sich in einem Entstehen von vielen Petitionen, Initiativen und Publikationen zum Thema widerspiegelt.⁶

Die Gegner*innen des BGE haben Recht, wenn sie sagen, dass *ein* BGE auch von den Neoliberalen genutzt werden kann, um den Sozialstaat abzubauen. Die Forderung nach *unserem* BGE kann hierfür jedoch nicht genutzt werden, da wir sie permanent mit der Frage nach der Umverteilung koppeln. Das Konzept „BGE“ ist so unverbraucht, dass dies derzeit noch möglich ist und die breiten Zustimmungswerte im linken Milieu zeigen, dass diese Kopplung durchaus funktionieren kann. Es ist nun wichtig, nicht dem Trend hinterherzulaufen, denn ein BGE wird kommen, weil es einer Mindestsicherung unter allen ökonomischen Gesichtspunkten überlegen ist. Entscheidend ist, dass wir uns nicht von den Neoliberalen in FDP und Co. überholen lassen, sondern zeigen, dass wir mit einer neuen Forderung nach vorne treten können, die sich massiv von Harz IV und Bürgergeld unterscheidet!

Paul Grimm



Die BGE-Forderung macht uns als Mitgliederpartei wieder attraktiver

Ein Bedingungsloses Grundeinkommen ist nicht nur eine Idee, mit der die Linken neue und alte Wähler*innen durch eine klare Zukunftsperspektive gewinnen könnte, sondern das klare „JA“ (und nicht bloß das „vielleicht“ oder „teilweise“, das die Linke in den letzten Jahren oft gelähmt hat) für eine neue und unverbrauchte Idee.

Dies würde die Linke für junge, politisch aktive Menschen, die etwas verändern wollen, wieder attraktiv machen.

Richard Rath, derzeit als Vorsitzender bei Bündnis Grundeinkommen Brandenburg und als Ver.di-Mitglied engagiert, promoviert derzeit zu „Guter Arbeit“, gehört zu den vielen, die darauf warten, dass die Linke sich in dieser Frage klar positioniert. Einen Eintritt könnte er sich nur vorstellen, wenn die Linke „Ja“ zum BGE sagt.

Paul Grimm

Richard Rath: „Ich glaube, die fortschreitende Teilung der Arbeit und Steigerung unserer gesamtgesellschaftlichen Produktivität, vor allem mit zunehmender Digitalisierung der Arbeit, führt uns global an einen Punkt, an dem wir die Trennung zwischen Kapital und Arbeit aufheben könnten, indem wir die Sicherung von Grundbedürfnissen und sozialer Teilhabe von der Erwerbsarbeit entkoppeln.“

Diese Entkopplung könnte uns die materielle Basis schenken, um unsere Existenz als Menschen neu zu gestalten, nicht mehr doppelt-frei, gezwungen, die eigene Arbeitskraft zu verkaufen, sondern vielleicht dialektisch-frei, frei darin, die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln, um unseren ganz speziellen Beitrag zu leisten zu einem gelingenden Miteinander, weit hinaus über privates Gewinnstreben. Das BGE ist für mich DIE Chance, nicht nur für uns LINKE.“



6 Beispielhafte BGE-Petition mit 200.000 Unterschriften, europaweit: <https://you.wemove.eu/campaigns/politico-emergency-basic-income-for-the-eu-now>



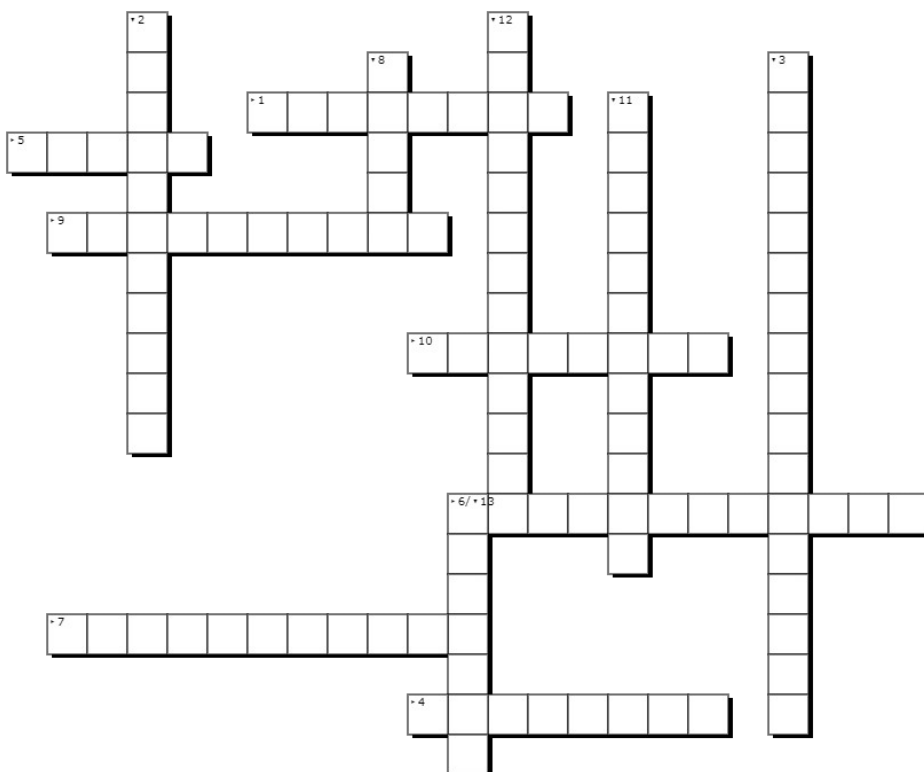
Die Arbeit zum Mitgliederentscheid

Der Mitgliederentscheid ist das bestimmende Thema sowohl bei der BAG Grundeinkommen als auch bei LAG in Brandenburg. Ich habe als Referent beider Untergliederungen viele sehr schöne Diskussionen erlebt. Oft habe ich auch durch das Wissen der BGE-Gegner*innen einiges dazu gelernt, sei es zur Geschichte der Arbeiterklasse oder zu unterschiedlichen Vorstellungen darüber, wie Löhne ausgehandelt werden. Immer waren die Diskussionen argumentativ stark und spürbar sehr emotional. Dennoch bleibt es wahrnehmbar, dass vielen Genoss*innen eine Blockadehaltung an den Tag legen und den ersten basisdemokratischen Mitgliederentscheid lieber totschweigen als Diskussionen dazu in ihre Ortsverbände zu transportieren. Für mich steht fest, dass ich nicht denke, dass irgendeine Genoss*in, der sich zu den Gegner*innen des BGE zählt, am Ende obsolet wird: Es geht einfach darum, dass wir als Partei wieder mit Einigkeit und klarer Stimme sprechen müssen; das gilt in dieser Frage genau wie in der Friedens- oder der Europapolitik. Niemand ist verzichtbar, aber niemand hat eine Vetomacht in unserer Politik. Das sollte klar sein!

Euch hat diese Zeitung überzeugt? Oder ihr wollt uns nun gerne kritisieren?

Dann setzt euch gerne mit der LAG Brandenburg in Verbindung und wir besprechen, wie wir das Thema in euren Kreisverband oder eure BO bringen können. Wir haben bereits eine Reihe etablierte Konzept für Veranstaltungen entwickelt und würden uns sehr freuen, das Konzept des emanzipatorischen Grundeinkommens gemeinsam mit euch zu diskutieren und uns euren Fragen zu stellen – auf Augenhöhe und solidarisch!

Kontakt: paul.grimm@dielinke-ffo.de



1. Ohne dieses Amt geht gesellschaftlich gar nichts
2. Sollte mindestens 12 € betragen
3. Das linke Modell heißt [...] Grundeinkommen
4. Reiche besteuern auf [...]
5. §1 Die [...] des Menschen ist unantastbar
6. Das 4-in-1-Modell ist [...]
7. "... es ist das Gespenst des [...]"
8. Wichtige Sozialleistung im hohen Alter
9. Massenverelendung vor ca. 100 Jahren führte zur Machtergreifung der [...]
10. Flexibles Arbeitszeitmodell
11. Es braucht eine [...] von oben nach unten
12. Das Ziel ist der [...] Sozialismus
13. Erst kommt das [...], dann die Moral

Erstellt mit XWords - dem kostenlosen Online-Kreuzworträtsel-Generator
<https://www.xwords-generator.de/de>



Wir brauchen kein:

Weiter so.

Wir brauchen ein:

Ja!